

Nef hetzte Sexhungrige auf Ex-Partnerin

Offenbar wusste Bundesrat Schmid mehr, als er bisher zugab. Der Fall Nef entwickelt sich zur «Affäre Schmid».

BERN – Wer bisher glaubte und hoffte, der Armeechef Roland Nef habe im Streit mit seiner Ex-Partnerin ein bisschen überreagiert und seiner Trauer über das Ende der Liebesbeziehung mit ein paar erzürnten E-Mails Ausdruck verliehen, wurde gestern eines Besseren belehrt. Die «Sonntags-Zeitung» enthüllte Auszüge aus den Akten im Strafverfahren, das während der Beförderung Nefs ins höchste Amt der Armee hängt war.

Gemäss den Informationen und dem Einvernahmeprotokoll, in deren Besitz die «Sonntags-Zeitung» offenbar ist, wurde Nef beschuldigt, Adresse, Telefonnummern sowie ein Foto seiner Ex-Partnerin an Männer weitergereicht zu haben, die per Inserat nach Sexpartnerinnen suchten. Bundesrat Samuel Schmid sei ausserdem über die detaillierten Vorwürfe in diesem Strafverfahren informiert gewesen, teilt die «Sonntags-Zeitung» mit. Die Redaktion habe ihm die vorliegenden Informationen bereits am 27. Juni für eine Stellungnahme vorgelegt. Schmid habe darauf lediglich mitgeteilt, dass er über ein laufendes Verfahren informiert gewesen sei.

Der VBS-Vorsteher steht nun noch mehr unter Beschuss als vor seiner Pressekonferenz am Freitag, als er die Öffentlichkeit darüber unterrichtete, dass er «bis heute nichts über detaillierte Informationen im Strafverfahren gegen Nef» wisse. Ausserdem habe er während des Beförderungsverfahrens «unter Rücksichtnahme auf die Pri-

vatsphäre» auch nicht nachgefragt, sondern sich lediglich auf die Zusicherung Nefs verlassen, dass das laufende Strafverfahren bis zu seinem Amtsantritt im Januar 2008 eingestellt werde.

Hat Schmid gelogen?

Und schliesslich ist da noch die «Desinteresseerklärung», die Nefs Ex-

Partnerin unterzeichnet hatte, die schliesslich zur Einstellung des Strafverfahrens und zu einer Wiedergutmachungszahlung führte, worauf der Karriere des neuen Armeechefs nichts mehr im Wege stehen sollte. Entgegen Roland Nefs Aussagen, sie habe diese Erklärung bereits im April 2007 unterzeichnet, bestätigte Nefs Anwalt

in einer Sendung des Schweizer Radios DRS, die Unterzeichnung sei erst im September 2007 erfolgt. Pikanterweise also erst drei Monate nachdem Schmid die Ernennung zum Armeechef beim – nicht über das Strafverfahren informierten – Gesamtbundesrat durchgebracht hatte. Verschiedene Parlamentarier sprechen inzwi-

schen davon, dass Nef aufgrund seiner charakterlichen Eigenschaften «in seinem Amt nicht mehr tragbar ist» (siehe Kasten). Nef selbst plädierte gestern weiterhin für den Schutz seiner Privatsphäre und jener seiner Ex-Partnerin, mit welcher er sich inzwischen wieder versöhnt habe.

KARIN LANDOLT



Die Luft wird dünn, nicht nur für Armeechef Nef. Unter Beschuss steht immer mehr auch das Verhalten von Bundesrat Schmid. Bilder: key

Parteien setzen den VBS-Direktor unter Druck

Die Grüne Partei will an der kommenden Sitzung der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates (SiK) den Rücktritt von Bundesrat Samuel Schmid und Armeechef Roland Nef fordern. Der Antrag werde in Absprache mit dem grünen Aargauer Nationalrat **Gerli Müller** und dem Genfer Parteipräsidenten **Ueli Leuenberger** gestellt, wie der grüne Zuger Nationalrat **Josef Lang** gestern mitteilte.

Schmid sei untragbar geworden, und zwar «wegen der Nichtinformation des Bundesrates über das Strafverfahren gegen Nef, des Desinteresses für den Inhalt der Klage der Ex-Partnerin sowie der katastrophalen Informationspolitik». Die Grünen begrüssten es, dass SiK-Präsident **Bruno Zuppiger** (SVP, ZH) nach einer ersten Absage vom Freitag nun doch eine Sondersitzung der SiK einberufe.

Für SP-Nationalrätin und -Vizepräsidentin **Jacqueline Fehr** (ZH), welche die Glaubwürdigkeit des Schweizer Armeechefs bereits am

Freitag stark angezweifelt hatte, «ist Nef klar nicht länger tragbar». Er habe nun gezeigt, dass er sowohl was sein Privatleben als auch die Bewältigung der aktuellen Krise im Zusammenhang mit seiner Person betreffe, keinen kühlen Kopf bewahren könne. Das Vergehen Nefs als oberster Verantwortungsträger der Schweizer Armee ist klar von öffentlichem Interesse, «vergleichbar relevant wie dasjenige eines Lehrers, wenn er in seiner Freizeit pornografische Bilder anschaut.»

Mitte schüttelt den Kopf

Fehr zweifelt auch an der Führungsstärke von Bundesrat Schmid, der «einen massiven Fehler beging, indem er den Gesamtbundesrat vor Nefs Ernennung zum Armeechef nicht über das laufende Verfahren informierte». Sie erwarte von ihm ein Fehlereingeständnis. An eine Rücktrittsforderung denke die SP weiterhin nicht, so Fehr, und begründet dies mit der Tatsache, «dass Schmid nicht selbst eine Straftat beging.»

Die Thurgauer CVP-Vizefraktionschefin **Brigitte Häberli-Koller** will «zwar nicht gerade von Rücktritt sprechen», aber der Umstand, wie sich der Fall entwickle und die Tatsachen, dass auf viele Fragen keine Antworten aus dem VBS kämen, werfe schon die berechnete Frage auf, ob sich Schmid weiter im Amt halten könne. Die Art der Information Sorge bei der Bevölkerung für Kopfschütteln und werfe ein schlechtes Licht auf seine Glaubwürdigkeit. «Schmid muss jetzt endlich dem Gesamtbundesrat eine Erklärung abgeben und kann nicht bis zur nächsten Sitzung Ende August warten.»

Ständerat und Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission **Hans Altherr** (FDP, AR) erachtet die neuesten Erkenntnisse «als dermassen happig, dass ich erst Stellung beziehen möchte, wenn sich Schmid und Nef dazu geäußert haben». Wann dies der Fall sein würde, wisse er allerdings nicht. Für die SVP, die schon länger am Stuhl von Bundesrat Schmid sägt, ist laut Nationalrat **Jürg**

Stahl (ZH) «einzig der VBS-Chef für den ganzen Schlamassel verantwortlich, weil er bloss um den Brei herumredet». Er habe mit seinem langen Schweigen für Spekulationen und dafür gesorgt, dass Nefs Ex-Partnerin in den vergangenen Tagen viel Unangenehmes habe durchmachen müssen, «jetzt wo sie wahrscheinlich endlich Abstand zum Geschehenen gewonnen hat». Natürlich habe sich Nef nicht korrekt verhalten, so Stahl, «aber der wirkliche Versager ist Schmid».

Im Namen der Frauenorganisationen äussert sich auch Präsidentin und alt CVP-Nationalrätin **Rosmarie Zapfl**: «Es ist stossend, dass Bundesrat Schmid es nicht für nötig hielt, nach dem Straftatbestand von Nef zu fragen.» Damit bagatellisiere Schmid das Thema «häusliche Gewalt». Er müsse sich den Vorwurf gefallen lassen, die Frau weniger zu achten als den Mann. «Wenn das zutrifft, muss man davon ausgehen, dass sein Handeln dies widerspiegelt und das ist sehr schlimm.» (kal/ap)

Schweizer Emissär wehrt sich erstmals

BERN – Der Schweizer Kolumbien-Vermittler Jean-Pierre Gontard hat die Vorwürfe der kolumbianischen Regierung, er habe als Geldbote der Farc-Guerilla gedient, in einer in der «NZZ am Sonntag» veröffentlichten Erklärung zurückgewiesen.

«Ich habe für die Farc nie Geld transportiert», erklärte er in einer schriftlichen Stellungnahme. «Der Transport und die Übergabe des Geldes wurden durch andere Personen als mich durchgeführt», schrieb er weiter. Kolumbien wirft Gontard vor, bei der Befreiung von zwei Novartis-Mitarbeitern im Jahr 2001 der Farc-Guerilla knapp 500 000 Dollar Lösegeld übergeben zu haben. Gontard habe damit seine Funktion als «Mediator» überschritten.

Der kolumbianische Generalstaatsanwalt Mario Iguarán hatte verlauten lassen, er wolle eine Strafuntersuchung gegen Gontard einleiten. Hinweise auf den Geldfluss seien im Mail-Ordner auf dem Computer des in Ecuador getöteten Farc-Kommandanten Raúl Reyes gefunden worden.

Die Schweiz stellte sich daraufhin mit deutlichen Worten hinter ihren Vermittler und verlangte von Kolumbien, die wiederholten Angriffe gegen Gontard zu beenden. Auch Novartis unterstützte Gontard. Es ist die erste direkte Stellungnahme Gontards in dieser Sache.

Gontard tritt in der schriftlichen Erklärung zudem ab, Quelle des Gerüchts gewesen zu sein, wonach die Befreiung von Ingrid Betancourt und 14 weiterer Geiseln inszeniert gewesen und Geld geflossen sei. Er wisse nichts von einer allfälligen Zahlung in diesem Zusammenhang. Er wiederholte zudem seine frühere Einschätzung, dass es sich bei der Befreiung um eine «brillante militärische Operation, ohne Tote und Verletzte» gehandelt habe.

Über eine Geldzahlung für die Befreiung der Geiseln war vom Westschweizer Radio unter Berufung auf eine zuverlässige Quelle berichtet worden. (sda)

«Kopp musste wegen einer Lüge gehen»

Die CVP werde nun das Zünglein an der Waage spielen, was das Schicksal von Bundesrat Samuel Schmid betreffe, sagt die Berner Politologin Regula Stämpfli.

Sie haben in unserer Samstagsausgabe gesagt, der Fall Nef/Schmid würde versanden, sofern nicht weiterer Zündstoff die Sache aufflammen lässt. Nun liegen die konkreten Vorwürfe gegen Nef vor. Was meinen Sie dazu?

Regula Stämpfli: Grundsätzlich haben wir, sofern die Aussagen der «Sonntags-Zeitung» so zutreffen, einen Fall von ganz massiver Nötigung, deren Nef beschuldigt wurde. Jetzt ist defini-

tiv klar, der Tatbestand war überhaupt kein Kavaliersdelikt.

Wird Roland Nef als Armeechef zurücktreten müssen?

Ich bin der Meinung, dass er abtreten müsste. Für den Armeechef-Posten braucht es eine charakterstarke Person, die Nef offensichtlich nicht ist. In der Schweiz pflegen wir aber keine Rücktrittskultur. In einem anderen Land wäre der Rücktritt, auch derjenige von Bundesrat Schmid, längst gefordert worden. Der Gesamtbundesrat muss jetzt dringend handeln, denn wer weiss, was die Medien sonst noch ans Licht bringen werden.

Die Regierungsparteien, welche zurzeit nicht daran interessiert sind, Ex-

ponenten aus der SVP in den Bundesrat zu wählen, sind aber folglich auch nicht an einem Rücktritt von Bundesrat Schmid interessiert.

Das ist so. Sie werden Schmid's Rücktritt wahrscheinlich nicht fordern, ihn aber weiter massiv unter Druck setzen. Interessant wird sein, wie sich die CVP in dieser Frage positionieren wird. Sicher ist: Für Samuel Schmid wird es schwieriger werden als noch vor einer Woche, die ganze Sache galant auszusitzen. Denn eigentlich muss uns nun nicht mehr interessieren, was Nef gemacht hat, vielmehr sind die Mängel im Beförderungsverfahren in der Armee von Bedeutung. Und ich erinnere daran: Bei Elisabeth Kopp hat eine Lüge für eine Rücktrittsforderung gereicht. (INTERVIEW: KARIN LANDOLT)

